

Einrichtung, den Bierapparat, die Automaten, Tische, Gläser und Stühle; Tapeten und Bilder rissen sie von den Wänden. Der Schutzmann hatte sich nach dem Hofe zurückgezogen und mußte sich dort, nachdem er sechs mal auf die Menge geschossen hatte, verdecken. In den Straßen, wo sich diese Szenen abspielten, herrschte nur ungewisses Zwielicht, da die Erzbauten alle Lichter ausgelöscht und die Gaslaternen zertrümmert hatten. Die betroffene Gegend des Stadtteils Moabit gleicht einem Heerlager. Reichlich 300 Schutzleute zu Fuß und 30 bis 40 Reittene sind dort zusammengezogen worden. Jede Straße ist stark besetzt worden. Auch am Tage versuchen namentlich Weiber neue Tätigkeiten zu provozieren. Die Hauptstraßen wurden verhaftet.

Moabit zählt 16 000 Arbeiter und befindet sich in einem Zustand äußerster Unruhe und Unsicherheit. Die Berliner Polizei ist, wie der „V. L.-A.“ mitteilt, erst vorgegangen, nachdem durch dringende Depeschen des Reichsmagnaten Stinnes der Minister des Innern von dem Ernst der Lage überzeugt worden war. Den Erzbauten kam ferner der Umstand zugute, daß die Grenze Charlottenburgs in Moabit verläuft. Die Polizei präzis ist in beiden Stadtteilen nicht immer gleichartig, was im Interesse der Sache außerordentlich wünschenswert wäre. Die Polizei hofft jedoch, auch ohne Zuziehung von Militär der Unruhen Herr zu werden. Jede falsche Rücksichtnahme soll in Zukunft fallen gelassen werden.

Polizeipräsident v. Jagow bezeichnete die Zusammenrottungen in Moabit als schweren Landesfriedensbruch. Der Polizeipräsident meinte u. a.: Man wird voraussichtlich die ganze Strenge des Gesetzes auf die mit unverantwortlicher Leichtfertigkeit handelnden Häufelrührer und tatsächlichen Angreifer anwenden. Auf derartige schwere Landfriedensbrüche steht Zuchthaus bis zu zehn Jahren. Nicht streng genug verurteilen kann man die beliebte Taktik, Frauen und Kinder ins „Vordretzen“ zu schicken. Besonders bei Angriffen auf Wagentransporte beliebt man anscheinend harmlos stridende Frauen und Kinder den Wagen in den Weg zu stellen. Es kann für die Zukunft auf Frauen und Kinder keine Rücksicht mehr genommen werden, wenn diese zur Dedung für die schwersten Verbrechen benutzt werden. Auch Herr v. Jagow ist der Ansicht, daß die meiste Arbeit der Polizei der Jagd nach, halbwegsigen Burschen, ein leichtsinniges Gesindel, das sich bei beartigen Umständen immer am lauteften bemerkbar macht, dafür aber auch am hinterlistigsten und feigsten ist.

Gestern gegen Abend hatte sich wieder eine etwa 3000 Personen zählende Menge in der Beußel- und Sättingerstraße versammelt. Die wiederholten Zerstreungsveruche der Polizei hatten nur zeitweiligen Erfolg. Auch hundert Reittene nahmen in langer Reihe Aufstellung. Schlag 7 Uhr brach die Menge in ein furchtbares Pfeifen und Johlen aus, Fui- und Schimpfrufe erschollen. Die Beamten zu Fuß und 15 Reittene zogen blank und trieben die Menge mit scharfen Fiebeln auseinander, verfolgten sie bis in die Nebenstraßen hinein und sperrten die Beußelstraße ab. Trotzdem mußte die Polizei später nochmals von der blanken Waffe Gebrauch machen, um einen Trupp von etwa 500 Personen zu zerstreuen. Als aus den Häusern mit Flaschen, Pfeifhaken und Scherben auf die Polizei geworfen wurde, schossen die Beamten mit Warnungsschüssen nach den Fenstern. Das Polizeiaufgebot wurde vergrößert. Gegen 10 Uhr durchfuhr der Polizeipräsident im Automobil die Menge, die auseinanderstob. In der Waldstraße drang die Polizei in eine Wohnung ein, aus der mit Nachtgeschirren und Blumentöpfen geworfen worden war. Eine Frau warf den Beamten eine brennende Petroleumlampe entgegen, die glücklicherweise verloschte. Die Bewohner wurden festgesetzt. Mehrfach wurde aus der Menge auf die Polizei geschossen. Während der Zusammenstöße gestern abend wurden insgesamt 90 Personen verletzt, darunter 13 schwer, ein Arbeiter sehr schwer. Soweit bisher bekannt, sind zwei Schutzleute verletzt worden, einer am Kopf durch einen Steinwurf, ein anderer durch Sturz auf das Pflaster. Gegen Mitternacht ließen die Menschenansammlungen nach. Verschiedene Läden wurden demoliert.

Der Transportarbeiterverband teilte gestern der Firma Kupfer u. Co. mit, er sei zu Verhandlungen geneigt. Der Kohlenhändlerverband beschloß jedoch, mit ihm nicht zu verhandeln. Dagegen setzte sich der Arbeitgeberverband zwecks Verhandlungen mit den Arbeitern mit dem Magistratsrat von Schulz in Verbindung und stellte auch eine Lohnhöhung in Aussicht. Zu Verhandlungen selbst ist es noch nicht gekommen.

Generalversammlung des Evangelischen Bundes.

Gernisch, 27. Sept. In der zweiten Mitgliederversammlung, die von den Weltaufgaben des deutschen Protestantismus handelte, sprach über deutsch-evangelische Diaspora im Ausland Geh. Konfliktionsrat Professor D. Richt-Marburg. „Mehr als zwei Drittel, vielleicht vier Fünftel der Auslandsdeutschen sind evangelische Christen. Für sie steht nicht nur die deutsche Nationalität auf dem Spiel, sondern auch die Erhaltung des evangelischen Glaubens. Die Kirche ist für uns keine internationale oder übernationale Größe, sondern sie ist mit unserem Volkstum untrennbar verknüpft. Aber es müssen Gemeinden, Pfarrer und Bekehrer da sein. Die Auslandsdiaspora bedarf der Unterstützung der Evangelischen Deutschlands.“ (Sehr richtig!) In Rio Grande do Sul, wo 200 000 Ansiedler deutscher Abstammung leben, die der Mehrzahl nach evangelisch sind, wurden noch im Jahre 1913 39 Gemeinden nachgewiesen, in denen die geistlichen Funktionen von Pseudopfarren ausgeübt wurden, 2. vielfache Abenteuer. Das ist heute besser geworden, dank dem Guts-Adolf-Verein, anderen Vereinen und den Heimkehrern. Aber noch ist dringende Hilfe nötig. Die Auslandsdiaspora hat die Aufgabe, dem Christentum der deutschen Reformations den Platz in überseeischen Ländern zu sichern und zu erobern, der ihm nicht nur

neben dem Katholizismus, sondern auch neben dem anglikanischen Protestantismus zukommt.“ Stärklicher Beifall folgte dieser Rede.

Als zweiter Redner nahm Prof. D. Hauptleiter-Galle, der vor einigen Monaten von einer Reise nach Ostafrika zurückkehrte, das Wort zu dem Thema: „Die evangelische Mission in den deutschen Schutzgebieten.“ Von den ca. 14 Millionen Eingeborenen auf dem deutschen Kolonialgebiet sind 88000 Mitglieder der evangelischen, 86000 der katholischen Mission. Jene hat, die Missionarinnen eingerechnet, 700, diese 908 männliche und weibliche Missionararbeiten (hört, hört!). In den evangelischen Missionsschulen werden 60 000, in den katholischen 48 000 Kinder unterrichtet. Alle Missionen bekämpfen Zauberei, Kindesmord, Kränklichkeit, Polygamie u. a., ermahnen zu geregelter Arbeit und Frieden. Die offenen Gebiete unserer Kolonien, die von ihnen ausgehenden Gedanken, schönen Dorfstraßen der Eingeborenen, vor allem die Verbesserungen der eigenen Bodenkultur zeigen, daß hier kräftig auf die Hebung der Stämme eingewirkt wird. In dem Wirken für die Volksgebundenheit sind wir durch die missionarischen Bestrebungen im Vorpommern (Bravo!) Redner wie alle unsere afrikanischen Missionen zusammen, so haben sich auf evangelischer und katholischer Seite 342 und 595 Missionararbeiten, 47000 und 54000 Christen, 46000 und 86000 Schüler gegenüber. Das unbedingte Übergewicht hat die evangelische Mission in Kamerun, das tatsächliche bei geringer Arbeiterzahl in Südwest. In der Südküste haben sich hier 34000 und 28000 Missionararbeiten gegenüber einer Zahl von 81 und 288 Arbeitern! (Hört, hört!) Unsere Mission ist ein einzigartig ideales Werk und eine brennende nationale Aufgabe. Das deutsche Kolonialamt hat in Göttingen seine Genugtuung und Dankbarkeit darüber ausdrücken lassen, daß die Bestrebungen für die Ausbreitung des Evangeliums in allen Ländern die Segnungen der Zivilisation und Kultur zur Folge haben. Lebhafter Beifall lohnte den Redner.

Eine überaus lebhafte und fruchtbare Aussprache schloß sich an beide Vorträge. Einmütig angenommen wurde folgende Kundgebung: „Die Mitgliederversammlung der 23. Generalversammlung des Evangelischen Bundes erklärt es für eine bedeutungsvolle Aufgabe des Evangelischen Bundes, das tatsächliche Interesse für die deutschen Schutzgebiete im Ausland und die evangelische Mission in den Kolonien zu wecken und zu pflegen und bittet sowohl den Zentralvorstand als auch die Vorstände der Haupt- und Zweigvereine, durch geeignete Veranstaltungen und Vorträge die Aufmerksamkeit über die Bedeutung dieser deutsch-protestantischen Aufgaben zu lenken.“

In der geschlossenen Abgeordnetenversammlung nachmittags, an der ungefähr 1000 Delegierte teilnahmen, erörterte Prof. D. Schulze von der Universität Königsberg die apologetischen Aufgaben des Evangelischen Bundes. Der Redner wies darauf hin, daß sich der Evangelische Bund neben der Abwehr gegenüber Rom die Verteidigung des Glaubens gegenüber modernen christentumsfeindlichen Strömungen angelegen sein läßt und immer mehr betreiben will.

Am Abend fand unter anderem gewaltiger Beteiligung die durch Orgelpfeife und Gesang verordnete zweite Volksversammlung statt. Erster Redner des Abends war Pfarrer Brödiging-Büdenheim. Sein Thema hieß: „Mehr Verbindnis für Organisation.“ Das Vereinswesen der christlichen Kirche hat die Vorkriegszeit mobilisiert. Der „Volksverein“ für das katholische Deutschland hat 62845 Mitglieder. Nicht zu vergessen das Ordens- und Klosterwesen, das bei uns in Deutschland, dem überwiegend protestantischen Lande, bereits das katholische Vorkriegs- übertrifft. (Hört, hört!) Dazu kommt das Zentrum. Der überaus stark ultramontanistische Verzug nur ein harter Protestantismus das Gegengewicht zu halten. (Sehr wahr!) Rom hat nur vor einer realen Gefahr. (Beifall.) 24 Jahre hat der Evangelische Bund gearbeitet. Die schlimmsten Zeiten liegen hinter ihm. Wir können voran. In der Enzyklika vom 20. Juni hat er großes geleistet, aber noch immer mehr Volk muß sich in ihm organisieren. Lebhafter Beifall folgte dem, als der Redner endete.

Den zweiten Vortrag hatte Prof. D. Schjan von der Universität Gießen abgenommen über das Thema: „Mehr Teilnahme am Leben der Gemeinde.“ Lebendige Gemeinden können wir um keinen Preis haben, wenn wir nicht Menschen, Christen haben, die sich in der Gemeinde und für die Gemeinde regen wollen. (Lebhafter Bravo!) Mehr Teilnahme also am Leben der Gemeinde! Wir brauchen die Verbindung mit den anderen, auch mit den schlichten Christen voll sinnlichen Glaubens (Beifall), mit den Stimmen der Väter vergangener Tage. Drum sucht das Leben der Gemeinde! Vor allem im Tun der Liebe, im helfenden Schaffen, im fürsorgenden Lehnen. (Lebhafter Zustimmung.) Der einzelne muß sich wieder zur Gemeinschaft finden. Die Gemeinde hat ein Recht auf uns! Geben wir uns der Gemeinde! Auch diesen Redner belohnte einmütige, freudige Zustimmung. Mit dem gemeinsamen Gesänge des protestantischen Schus- und Liedes: „Evangelisch bis zum Sterben, deutsch bis in den Tod hinein“, schloß die schöne Kundgebung deutsch-protestantischer Leute.

11. öffentliche Stadtverordnetenversammlung zu Hohenheim-Ernstthal am 27. September 1910.

Vorsitzender: Herr Stadtverordnetenvorsteher Rebs. ob.

Am Ratsstische sind erschienen Herr Bürgermeister Dr. Paß, sowie die Herren Stadträte Bohne und Schneider. Vom Stadtverordnetenkollegium sind 23 Herren anwesend. Der Zuschauerraum weist einen ungewöhnlich starken Besuch auf.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Kenntnisnahmen

gibt der Herr Vorsitzende bekannt, daß die Staatsbeihilfe für unsere Schulen 6835 Mark beträgt. Laut Gesetz werden für jedes der 2734 Schulfinder 2,50 Mark gezahlt. Der Zuschuß für die kaufmännische und die gewerbliche Fach- und Fortbildungsschule beträgt 2700 Mark. Ferner nimmt man Kenntnis von einer Einladung des Mietervereins zu dem am 9. Oktober d. J. im Altstädter Schützenhause stattfindenden 10. Stiftungsfeste und einem Schreiben des Rabattparvereins Hohenheim-Ernstthal Geschäftsleute, der darum bittet, bei der bevorstehenden Wahl von Mitgliedern der Einschätzungskommission den Mittelstand besser berücksichtigen zu wollen. Auf das Schreiben soll bei der in der nächsten Sitzung stattfindenden Wahl der genannten Kommission näher zurückgekommen werden. — In Zukunft sollen die Belege der Dienstbotenkrankentasse gemäß der Anregung des Herrn Stadtv. Rebs. eine gewisse Zeit aufbewahrt bleiben. — Auf die Beschwerde des Herrn Stadtv. Gähler, betr. die Kostenvermittlung in einem Prozeß, findet das Ministerium des Innern nichts zu verfügen. Eine Stellungnahme erübrigt sich, da die Streitfrage durch nachträgliche Vermittlung der Kosten durch das Stadtverordnetenkollegium vor Eingang der Beschwerde erfolgt sei.

2. Veränderungen in der Schillerstraße.

Diese Angelegenheit hat das Kollegium schon mehrfach beschäftigt und sind Klagen laut geworden, daß der Ausgang zur König Albertstraße von der Unterführung her nicht zweckentsprechend sei. Zweck Erbreiterung des Straßenschnittes vom Neubertischen Grundstück ab haben mit den Anliegern verschiedentlich Unterhandlungen stattgefunden, die es ermöglichen, daß die Neubertische Ecke als verbrochene Ecke hergestellt werden kann. Die Kosten in Höhe von 250 Mark sind vom Bau- und Finanzausschuß; sowie vom Räte genehmigt worden. Der Herr Vorsitzende bemerkt hierzu: Sie ersehen, daß man den guten Willen hat, etwas zu tun. Erreicht wird dadurch aber nichts, denn die vorgeschlagene Veränderung bringt keinen wesentlichen Erfolg. — Herr Stadtv. Griebach: Meine Zusage im Finanzausschuß möchte ich dahin abändern, daß ich mein zustimmendes Votum hiermit zurückziehe. Es wird kaum etwas mit der Durchbrechung erreicht. — Herr Stadtv. Ebersbach ergreift zu der Gelegenheit verschiedentlich das Wort. Er sei dagegen, da nichts durch die Umländerung erreicht würde und schlage dann eher vor, die gegenüberliegende Betersche Ecke, soweit sie heute bereits als Straße gebraucht würde, hinzuzufügen. Seiner Ansicht nach gehöre die fragliche Ecke noch nicht der Stadt. — Herr Bürgermeister Dr. Paß gibt einige Erläuterungen hierzu und teilt mit, daß auch der Rat der Ansicht sei, daß weiterführende Veränderungen durch die „verbrochene Ecke“ nicht hervorgerufen würden. Nur einem Wunsche des Stadtverordnetenkollegiums zufolge habe man den Vorschlag gemacht, der im Interesse des Verkehrs eine kleine Verbesserung bringe. Im übrigen halte er persönlich den Verkehr an dieser Stelle für sehr gering, doch bitte er, den Beschluß des Rates nicht vollkommen abzulehnen, da doch für einen verhältnismäßig kleinen Betrag eine Umländerung der Ecke im Sinne des Vorschlages erreicht würde; mehr zu erreichen sei beim besten Willen nicht möglich gewesen. — Herr Stadtv. Wächter: Ich bin immer schon der Ansicht gewesen, daß die Straße dort verbaut ist. Ich habe jedoch angenommen, daß es möglich sei, die Straße durch das Liebertschische Grundstück zu führen, da nur hierdurch wirklich gutes geschaffen werden könnte. Von der Erwerbung der fraglichen Ecke bitte ich abzusehen, dagegen beantrage ich, die Bordante an der Beterschen Ecke etwas zurückzuziehen, da zurzeit fast alle Geschäfte über die Rante hinwegfahren. Ich hoffe, daß später einmal eine Ersatzstraße an der Untertunnelung geschaffen wird. Es ist beim Bau der Straße ein Fehler gemacht worden, der von sämtlichen Bauachverständigen herausgefunden wurde. — Die Erwerbung des Areals zu der vom Rat vorgeschlagenen kleinen Erweiterung wird hiermit mit 13 Stimmen abgelehnt, dagegen einstimmig beschloffen, die von Herrn Wächter vorgeschlagene Bordanteverlegung anzunehmen und die Kosten mit 45 Mark zu vermindern.

3. Planzeichnung zum Bebauungsplan König Albertstraße und Umgebung.

Angeregt wurde, die Anlage des Fußweges vor der Bahunterführung am Liebertschischen Grundstück entlang nach der König Albertstraße zu als Straße auszubauen. Herr Bürgermeister Dr. Paß hält den Gedanken, der im Räte wohl erwogen, aber verworfen worden sei, für nicht praktisch. Wenn man den Fußweg erneut zur Straße ausbaue, würde hierdurch ein Weg geschaffen, der sich tot läuft. Dasselbe, was man bei der Schillerstraße so sehr rüge, wolle man hier einführen. Er bitte, die durch den Schiffschen Heimatschutz geprüfte Ratsvorlage anzunehmen und die Anregung des Herrn Wächter abzulehnen. — Herr Stadtv. Wächter bittet, die Sache nicht einfach abzulehnen, sondern zu prüfen. Es sei schon mancher Schrittz gemacht worden, und die Lösung unbedingt unglücklich zu nennen, wenn der Verkehr dadurch gehemmt würde. Ein Fußweg, das zur Oberstadt wolle, müsse dann erst am Liebertschischen Grundstück vorbei und wieder zurückfahren. Der nächste Weg sei immer der beste und würde hierdurch eine direkte Verbindung mit der Oberstadt geschaffen werden. — Herr Stadtrat Bohne hält diesen Gedanken für nicht mehr ausführbar; außerdem aber würden die Kosten etwa 40—50000 Mark betragen und hiermit zu groß sein. — Herr Stadtv. Ebersbach ist ebenfalls für die Wächterische Anregung, doch sei es seiner Ansicht nach nunmehr zu spät zu einem solchen Plane. — Nachdem noch die Herren Bürgermeister Dr. Paß, Vorsitzender Rebs. ob. und Stadtv. Wächter das Wort ergriffen hatten, wurde die Ratsvorlage gegen die Stimme des Herrn Wächter angenommen.

4. Errichtung einer Bedürfnisanstalt.

Die Mittel für eine solche, „einem dringenden Bedürfnis“ entsprechenden Anstalt sind im Haushaltsplan bereitgestellt worden, doch hat sich die Aufstellung, die bezüglich der Platzfrage auf Schwierigkeiten stieß, bisher immer noch verzögert. Es wurde vorgeschlagen, die Anstalt auf dem Neustädter Schulhof neben der Turnhalle, von der Straße aus zugänglich, aufzustellen. Der Schulausschuß hat über die Aufstellung mit 4:4 Stimmen abgestimmt und gab schließlich die Stimme des Herrn Bürgermeisters den Vorschlag bei den Verhandlungen. Die politische Gemeinde hat hierfür als Abgabe jährlich 5 Mark an die Schulgemeinde für Benutzung des Platzes zu zahlen. (Nach den Worten des Herrn Vorsitzenden hat die Versammlung nur über die Bewilligung der jährlichen Abgabe zu beschließen, da die Platzfrage nicht Sache des Kollegiums sei. Herr Bürgermeister Dr. Paß ist jedoch der Ansicht, daß das Kollegium in beiden Fragen recht wohl kompetent sei.) — Der Herr Vorsitzende hält den Platz für nicht geeignet, denn eine solche Anstalt gehöre nicht in eine geschlossene Straße, sondern auf einen freien Platz, auf den mehrere

Straßen münden, wie z. B. die Insel. Wenn man die Absicht habe, den Platz später ganz zu kaufen, dann sei die Anstalt, von Anlagen umgeben, am richtigen Platze. — Herr Stadtv. Ebersbach hält den Schulplatz auch für ungeeignet und bittet den geforderten Betrag von jährlich 5 Mark abzulehnen, damit die Stadt nicht in die Lage käme, dort zu bauen. — Herr Stadtv. Griebach hält den Platz ebenfalls nicht für richtig; aber in der Neustadt würde man sagen: Für uns ist der Platz gut genug. — Herr Bürgermeister Dr. Paß teilt mit, daß man auch im Räte nicht sonderlich von dem Schulplatz eingenommen sei, aber die Anlage wäre dort bequem, da eine neue Grube nicht angelegt zu werden brauche. Die Anlage wird geruchfrei, ähnlich wie die des Chemnitzer Hauptbahnhofs, mit roten Platten ausgelegt. Das Gebäude würde eine ansprechende Form erhalten und sei der Platz schließlich ebenso geeignet, wie der an der Insel. — Herr Stadtv. Wächter schlägt den Reichplatz vor, während Herr Stadtv. Ebersbach je eine Bedürfnisanstalt auf der Insel, dem Neustädter und dem Altstädter Reichplatz errichtet wissen will; denn eine Stadt von 16000 Einwohnern müsse drei derartige Anstalten haben. — In der nachfolgenden Abstimmung wurde die Bewilligung der jährlichen Abgabe von 5 Mark abgelehnt und beschloffen, dem Räte die Insel als geeigneten Platz zu empfehlen.

5. Obligatorischer Turnunterricht für die Fortbildungsschüler.

Dieser soll der Vorlage des Rates entsprechend an 2 Stunden in der Woche zur Einführung kommen und haben sich die Turnvereine von 1886, Altstadt und Turnerschaft zur Uebernahme des Turnunterrichts erbaten. Es soll den Schülern überlassen bleiben, sich einen Verein auszusuchen. Als Beitrag sind monatlich und pro Schüler 10 Pfg. aus der Schulkasse zu bezahlen; außerdem hat die Stadt der Turnerschaft der drei Vereine ein Honorar von jährlich 30 Mark, also insgesamt 90 Mark, zu bewilligen. Die erste Anregung hierzu ging von den genannten drei Vereinen aus, die eine Eingabe an die einzelnen Stadtverordneten und Ratsmitglieder gelangen ließen. Es macht sich hierzu ein Nachtrag zur Schulordnung notwendig, der den Stadtverordneten im Entwurf vorlag, der Presse aber nicht zugänglich gemacht worden war. — Herr Stadtv. Feldmann hält die Angelegenheit durch die Eingabe der drei Vereine bereits für genügend begründet und bittet, die Vorlage anzunehmen. Es handele sich hierbei um die Mehrung und Erhaltung von Volkskraft, die im Interesse unserer Stadt sowohl als des Reiches dringend erforderlich sei. Es müßten die jungen Leute mehr zu guten Staatsbürgern herangezogen werden und sei der hier vorgeschlagene Weg echter und rechter Körperpflege in deutscher Turnarbeit geeignet, dem zu entsprechen. — Herr Stadtv. Griebach führt aus, daß derjenige, welcher die Eingabe liest, zu der Ansicht bekehrt werden solle, daß die hiesige Jugend sehr verrotzt sei. Mit erfreulicher Offenheit habe Herr Stadtrat Müller in der letzten Sachschulausschussung erklärt, die Vorlage bezwecke weiter nichts, als dem Allgemeinen Turnverein, gegen den sie lediglich gerichtet sei, die Schüler fortzunehmen, damit sie zu fönigstreuen Männern erzogen werden könnten. Seine (Redners) Ansicht sei, daß es die Turnvereine nichts angehe, was die Turnvereinsmitglieder bezw. die Schüler in ihrer freien Zeit machen. Es habe eine Spaltung stattgefunden, die die Harmonie zwischen den Vereinen sehr beeinträchtigt hat. Die ganze Angelegenheit gehe nur vom Turnverein von 1886 aus, dem es dadurch aber nicht gelingen werde, auch nur einen Schüler des Allgemeinen Turnvereins zu bekommen. Wenn dem Allgemeinen Turnverein so der Lebensnerv abgeknippen würde, dann führe das lediglich zu einer Stärkung des Gewerkschafts- und Parteilebens, keineswegs aber würde mit der Vorlage erreicht, was man allem Ansichne nach damit erreichen wolle. Die weiteren Ausführungen des Redners ergeben sich in sozialpolitischen Betrachtungen und schließt er mit den Worten: Es liegt hier eine grobe Vergewaltigung vor, daß man den Jünglingen des Allgemeinen Turnvereins zumutet, gezwungen Mitglieder eines anderen Vereins zu werden. — Herr Stadtv. Schmidt bittet, der Vorlage zuzustimmen, die nicht gegen den Allgemeinen Turnverein gerichtet sei, da außerdem hier ja auch noch der kaufmännische Turnklub bestehe. Im übrigen aber sei es den Schülern außer dem dem einen Turnabend unbenommen, dahin zu gehen, wo es ihnen paßt. Wenn Herr Griebach sage, es würde damit das erreicht, was man nicht erreichen wolle, dann müßte Herr Griebach eigentlich freudig zustimmen. Die „Turnerschaft“ würde, da sie noch kein eigenes Heim besitzt, entgegen den beiden anderen Vereinen, die in ihren Hallen turnen, eine Schulturnhalle hierzu in Anspruch nehmen. (Hiermit ist eigentlich den Wünschen des Allgemeinen Turnvereins, die Herr Griebach vertreten hat, Genüge geschehen. Herr Gr. war mit der Abhaltung des Unterrichts in einer Schulturnhalle einverstanden. Der Allgemeine Turnverein wird deshalb wohl aller Voraussicht nach seine Jünglinge der „Turnerschaft“ zuführen.) — Herr Bürgermeister Dr. Paß: Ich halte es für selbstverständlich, daß die Herren des Kollegiums die nicht denselben Standpunkt einnehmen wie Herr Griebach, die Vorlage bedingungslos annehmen. Golt sei Dank ist die Mehrzahl der Mitglieder anderer Ansicht; ich betone aber ausdrücklich, daß die Anregung der drei Vereine, die aus der den Stadtverordneten privatim zugegangenen Eingabe entstanden, nichts mit der heutigen Vorlage zu tun hat. Die Eingabe war lediglich eine Anregung, während die Wahl des Unterrichtsleiters nicht in der Kompetenz des Kollegiums liegt. In der so wiederbegebenen Neufassung des Herrn Stadtrats Müller zweifeln

ich u
Deba
zur
nung
bedar
Im
nicht
titel
ge
sich
wir
Sach
die
Stad
Turn
geme
es de
tum
ander
Dara
ist, n
nehm
Gr
Herr
seiner
Stad
wäre
Turn
werde
Besol
Vorfi
Ginfi
bittet
kunft
beteil
Dr. G
Grieb
die S
Grieb
6. S
dem
gespre
H
Sitzun
die g
De
den
tagsüb
Oktob
schalte
8 Uhr
ebenfo
Vorn
namen
tur zu
ist, ich
wirfen
Stand
zueig
2 Ma
schieß
sichlich
der G
laute
registe
namen
weiter
Einfü
für de
und f
Stad
schloß
einen
schäft
an 2
Erri
jugel
Schill
gung
Rgl. V
nur de
Wie
hof
Wetter
die d
verfu
gestell
selbst
über
Polize
v o l
rigen
dem
heute
Anlag
Beger
der ju
wurde
solche
der f
Arbei
brauch
händl
über
unter
verlan
Vorfi
übrig
spiel
Szen
dazu
die W
städti